

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptollamts zu Bauhen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksteilen. Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 16. — Druck und Verlag von Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445.

Erstklassige: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbmöndlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverleger und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfach-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64.** Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorforderung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 43 mm breite einpaltige Grundzeile 25 Pf., übrige 20 Pf., die 50 mm breite Reklamzeile (im Text) 70 Pf. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Wechselkurs vom Zahlungstag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Abrechnung. — Abdruck nach Text. Für Sammelanzeigen tarifm. Ausschlag. — Druckort Bischofswerda.

Nr. 58

Mittwoch, den 10. März 1926.

81. Jahrgang

Tageschau.

* Der Völkerrundrat beschäftigte sich am Montag in einer streng geheimen Sitzung mit dem Verfahren, das bei der Aufnahme Deutschlands zu beachten sei.

* Die Vollversammlung des Völkerbundes wurde Montag nachmittag eröffnet. Der frühere portugiesische Ministerpräsident Alfonso de Costa wurde zum Vorsitzenden gewählt.

* Der Reichstag begann am Montag mit der Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums.

Die Kommunisten haben im Reichstage ein Mißtrauensvotum gegen den Reichsfinanzminister Dr. Reinhold eingebracht.

* Eine französische Patrouille in Indochina wurde bei der Grenzstreife von chinesischen Soldaten heftig beschossen. Der französische Gesandte in Peking ist wegen dieses Zwischenfalles vorzeitig geworden.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Völkerrundstrife.

Das, was sich in Genf jetzt ereignet, ist keine Krise Deutschlands oder Frankreichs oder Polens, sondern im weitesten Sinne des Wortes eine Krise des Völkerbundes selbst. Sie liegt nicht begründet in Briand's Rücktritt, in Chamberlain's Haltung oder in der Gefahr, die von Mussolini droht, sondern in den Widersprüchen, die sich aus der völlig festgelegten Haltung einzelner Delegationen ergeben. Polen und Spanien fordern unbedingt ihren Ratsitz schon für die Märztagung und mit derselben Unbedingtheit äußern Deutschland und Schweden sich im gegenseitigen Sinne. Das erste Kommunikationsbelegstück fast mit Ironie die Unlösbarkeit dieses Dilemmas, wenn es sagt daß es mühelos gelungen sei, die gegenseitigen Auffassungen darzustellen. Und die strengste Geheimhaltung der ersten vertraulichen Ratsbesprechungen beweist, wie sehr die jetzige Krise an das Fundament des Bundes rührt. Spanien droht mit dem Austritt, Schweden ebenso und Deutschland mit der Zurückziehung seines Aufnahmeforschusses. Nach menschlichem Ermessen gibt es hier überhaupt keinen Ausweg als den der Rückreise der deutschen Delegation. Kompromisse kann man häufig finden, aber doch stets nur da, wo die Unterordnung unter einen großen gemeinsamen Gedanken gesehen kann, niemals aber da, wo auch jede Spur eines gemeinsamen Strebens fehlt. Und das scheint hier der Fall zu sein, denn auch der völkerrundfreundliche Deutsche hat nachgerade eingesehen, daß es sich bei der Erweiterung des Rates um die Ungültigkeitserklärung des sogenannten Geistes von Locarno handelt.

Man mag aber auch daran glauben, daß die aufgelauchten Schwierigkeiten durch ein vorsichtiges Kompromiß zu lösen sind — woran wir, wie gesagt, nicht glauben — so bleibt immerhin als wohl unbestrittene Tatsache, daß ein solches Kompromiß erst nach Lösung der französischen Regierungsfrage gefunden werden kann. Diese französische Krise hat sich nunmehr doch als ernster herausgestellt, als man zuerst glaubte. Es besteht zwar kein Zweifel darüber, daß Briand als Mann des öffentlichen Vertrauens zunächst wiederum eine Kabinettsbildung versucht und daß er zum mindesten mit Sicherheit Außenminister bleiben wird, aber man weiß, daß Briand aus irgendwelchen Gründen die Ministerpräsidentenschaft nicht mehr übernehmen will. Ein neuer Mann aber, und als solcher kommt sowohl Coiffaux, wie Herriot, wie auch Poincaré in Frage, würde dem neuen Außenminister, dem alten Briand einen neuen Stempel aufdrücken. Denn schließlich hat sich besonders in Frankreich die Außenpolitik in das Bild der Gesamtpolitik einzuordnen. Da diese Möglichkeit besteht, kann kein geschäftsführender französischer Minister weittragende Kompromisse in Genf eingehen. Er kann zum mindesten keine Zugeständnisse machen, er wäre nur in der Lage, deutsche Zugeständnisse entgegenzunehmen.

Und dies ist der Kern des Problems: ein Wort von Deutschland — und die ganze Völkerrundstrife ist gelöst. Auch Schweden würde sich dann zufrieden geben. Deutschland aber kann und darf dies ein Wort nicht sprechen. Es wäre die letzte, aber auch die folgenschwerste Unterwerfung, die überhaupt denkbar ist. Das deutsche Zugeständnis müßte die Zukunft auf unabsehbare Zeit hinaus belassen. Den Völkerbund mit einem deutschen Opfer aus einer schier unüberbaren Krise zu retten aber haben wir nicht die geringste Veranlassung. Denn es handelt sich für uns nicht um den Eintritt oder Nicht-Eintritt, sondern um

die Frage: ist der Völkerbund bereit, ein in seiner tatsächlichen Machtstellung anerkanntes Deutschland als Mitglied aufzunehmen oder nicht?

Geheimfugung in Genf.

Genf, 8. März. (Wolff-Telegramm.)

Der Völkerrundrat hielt heute vormittag eine Geheimsitzung ab, über die keine amtliche Mitteilung herausgegeben wurde. Von zuverlässiger Seite verlautet jedoch, daß Chamberlain, Scialoja und Vanderveelde die übrigen Ratsmitglieder von den wichtigsten Besprechungen mit den deutschen Delegierten unterrichtet haben. Im Anschluß daran wurde das Verfahren über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund besprochen. Dabei wurde besonders auf einen Absatz im Artikel 1 des Völkerbundsstatutes Bezug genommen, der die Frage behandelt, ob auch die militärischen Verhältnisse eines Staates bei seinem Eintritt in den Völkerbund den Bestimmungen bestehender internationaler Abkommen entsprechen. Um im Falle Deutschlands diese Frage zu entscheiden, wird der Völkerrundrat, wie seinerzeit bei der Aufnahme Bulgariens, Oesterreichs und Ungarns, das Gutachten des ständigen militärischen Ausschusses des Völkerbundes einholen, der sich seinerseits vor Abgabe seines Urteils an die Vorkommission wenden wird.

Ein neues Intrigenspiel?

Berlin, 9. März. (Draht.) Wie die Morgenblätter berichten, meldet der Havasvertreter über die geheimen Verhandlungen, die der Völkerrundrat gestern geführt hat, man habe sich mit dem Verfahren, das für die Zulassung Deutschlands einzuschlagen sei, beschäftigt. Paul Boncour habe als französischer Delegierter gefordert, daß die bisher üblichen Gebräuche und Regeln mit Bezug auf Deutschland ebenso beobachtet würden, wie für die anderen Staaten. Es sei beschlossen worden, daß den Sonderbestimmungen über die Entwaffnung Deutschlands Rechnung getragen werde und daß die Rolle des militärischen und maritimen Ausschusses sich darauf beschränken müsse, von den früheren Entscheidungen der Vorkommission Kenntnis zu nehmen. Nach dieser Richtung sei keine Schwierigkeit zu erwarten. — Das „B. L.“ wirft die Frage auf, ob nicht dahinter ein neues Intrigenspiel stecke, um durch Rückfragen bei Marshall Joffe in Versailles Zeit für erneute Einwirkungsversuche auf Deutschland zu gewinnen.

Die Eröffnung der außerordentlichen Völkerrundversammlung.

Genf, 8. März. (B. L. B.) In seiner Eigenschaft als Ratspräsident eröffnete heute nachmittag um 3.20 Uhr das japanische Ratsmitglied Baron Ishii die außerordentliche Völkerrundversammlung, die über den

Antrag Deutschlands auf Aufnahme in den Völkerbund zu befinden hat.

In seiner Eröffnungsansprache erinnerte er an den Ausnahmeantrag, den Deutschland am 9. Februar an den Völkerbund gerichtet habe, und betonte, daß die außerordentliche Versammlung in der sehr kurzen Frist von kaum einem Monat nach Eintreffen des Antrags Deutschlands abgehalten werde. Baron Ishii erklärte dann wörtlich u. a.: „Das Ereignis, das uns hier vorstellt, hat, ist von der höchsten Bedeutung. Eine große Nation stellt sich ein, um in den Völkerbund aufgenommen zu werden. Ich erlaube mir, um in diesem Umfange ein Anzeichen dafür zu setzen, daß die Verpflichtungen, die die Mitgliedsstaaten des Völkerbundes unter sich verbinden, sich immer mehr auf das Gewissen der ganzen Welt erstrecken werden.“ Darauf erklärte Baron Ishii die Völkerrundversammlung unter dem Beisitz der Delegierten für eröffnet.

Die Versammlung wählte dann mit 38 von 48 Stimmen den ehemaligen portugiesischen Ministerpräsidenten Alfonso da Costa zu ihrem Vorsitzenden. Der neugewählte Präsident dankte darauf in einer kurzen Ansprache im Namen seines Landes und in seinem eigenen Namen für die Wahl. Er würdigte in großen Zügen das Vertragswerk von Locarno und den in ihm verkörperten neuen Geist, mit dessen Hilfe künftig an Stelle von Gewalt die Vernunft, und an Stelle der Konflikte die Verständigung herrschen sollen. Er erinnerte ferner an ein Wort Chamberlain's, wonach der Vertrag von Locarno der Erhaltung des Weltfriedens dienen werde, und entbot allen, die zum Gelingen des großen Vertragswerkes beigetragen hätten, die warmsten Grüße der Versammlung.

Nach einer kurzen Unterbrechung der Eröffnungsfeier trat dann die Völkerrundversammlung um 4.40 Uhr wieder zusammen und nahm den Bericht des Ausschusses zur Prüfung der Vollmacht entgegen. Nach diesem Bericht ist die außerordentliche Völkerrundversammlung von 48 Mitgliedsstaaten beigestellt worden, während die übrigen sieben Mitgliedsstaaten keine Delegierten entsandt haben.

Die Versammlung wählte hierauf den englische Außenminister Chamberlain zum Vorsitzenden des ersten Ausschusses, der

über den Ausnahmeantrag Deutschlands zu entscheiden hat, und den früheren französischen Handels- und Finanzminister Loucheur zum Vorsitzenden des Subkommisses, dem die Festlegung des Jahresbeitrags Deutschlands und die nächsten Entscheidungen über den Bau eines Versammlungsgebäudes obliegen. Chamberlain und Loucheur sind gleichzeitig Vizepräsidenten der Völkerrundversammlung. Außerdem wurden folgende sechs Delegierte zu weiteren Vizepräsidenten gewählt: Scialoja (Italien), Ishii (Japan), Allen (Neuseeland), Caballero (Paraguay), Titulesco (Rumänien) und Morales (San Domingo). Die beiden Ausschüsse nehmen morgen nachmittag 1/5 Uhr ihre Beratungen auf. Die Versammlung vertagte sich darauf. Der Zeitpunkt der nächsten Sitzung ist noch nicht bestimmt.

Die politische Lage in Genf.

Genf, 8. März. (Draht.) Die politische Lage hat sich nach der Abfahrt Briand's nicht geändert. Es besteht jedoch die Absicht, durch vertrauliche Besprechungen zwischen den einzelnen Delegationen bis zur Rückkehr Briand's die Situation so weit zu klären, daß am Dienstag oder Mittwoch die Besprechungen der Locarno-Mächte mit mehr Erfolg als am Sonntag ausgenommen werden können. Die Hauptschwierigkeit der Verhandlungen ist in der Tatsache zu erblicken, daß sich unter den zehn Ratsstaaten, von deren Stimmen Deutschlands Wahl zum ständigen Ratsmitglied abhängt, ein Staat befindet, der seine Zustimmung hierzu nur unter der Voraussetzung erteilen will, daß auch ihm ein ständiger Ratsitz zugewilligt wird. Dieser Staat ist Brasilien. Man geht jetzt daher in der Annahme nicht fehl, daß von der Stellungnahme der brasilianischen Delegation für den weiteren Verlauf der Ereignisse außerordentlich viel abhängt. Fürs erste scheint jedoch Brasilien auf seinem Standpunkt zu beharren. Die von der spanischen Regierung bereits vor der Entsendung der Genfer Delegation ausgesprochene Drohung, im Falle der Nichterlangung eines ständigen Ratsplatzes aus dem Völkerbund auszuschcheiden, wird demgegenüber in Genf politischen Kreisen nicht allzu tragisch genommen. Auch von der polnischen Delegation darf angenommen werden, daß sie sich unter dem Druck der anderen Mächte bereit finden wird, ihre Ansprüche bis zum Herbst zurückzustellen, da während der Vollversammlung im September, wie alljährlich, eine Neuwahl der nichtständigen Ratsmitglieder des Rates erfolgen wird. So ist es denn mit einem Beto Schweden's, so wenig dessen Bedeutung unterschätzt werden darf, allein nicht getan, denn es genügt nicht, daß ein Ratsmitglied, wie Schweden, gegen jede Erweiterung des Rates, außer der durch Deutschland, Einspruch erhebt, sondern alle zehn Mitglieder müssen der Wahl Deutschlands in den Rat ihre Stimme geben. Unter diesen Umständen versteht man es, wenn in den Kreisen der deutschen Delegation die Lage außerordentlich ernst beurteilt wird. Im übrigen ist die Stellungnahme der deutschen Delegation unverändert. Sie kam in Ruhe abwarten, ob es den anderen Großmächten gelingt, Brasilien von seinem Anspruch abzubringen und auch Spanien und Polen zu beruhigen. Sollte dies nicht gelingen, so wird die deutsche Delegation im vollen Bewußtsein ihres Rechtsstandpunktes nach Berlin zurückkehren mit der Gewißheit, daß der größte Teil der Welt ihren Entschluß billigen wird.

Die deutsche Delegation dementiert Unfallgerüchte.

Genf, 8. März. (Draht.) Die deutsche Delegation gibt folgende Erklärung ab: Einer Meldung des Journal de Geneve zufolge, soll der Korrespondent der Times nach London berichtet, man halte es für möglich, daß die deutsche Delegation für den spanischen Sitz gewonnen werden könne. Demgegenüber sei, ohne die Bedeutung und Berechtigung der einzelnen Kandidaturen in diesem Zusammenhang zu würdigen, erneut darauf hingewiesen, daß die deutsche Delegation in Genf an dem bisher vertretenen, in der Hamburger Rede des Reichskanzlers dargelegten Standpunkt festbleibe.

Geteilte Ansicht in England über die neue Lage der europäischen Politik.

London, 8. März. (Draht.) In diplomatischen Kreisen in London wird die neue Lage in der europäischen Politik nicht nur wie vor lebhaft erörtert. In Regierungskreisen ist man recht optimistisch und erwartet eine baldige Überwindung des toten Punktes in Genf. Dieser offiziöse Optimismus hat ganz bestimmte Ursachen. In London hat man die Hoffnung auf Deutschlands Entgegenkommen noch nicht aufgegeben. Man hofft auf Deutschlands Verhandlungsbereitschaft, weil man sich sagt, daß Deutschland durch seine Zwangslage schließlich zum Entgegenkommen gezwungen sei. Die Wirtschaftsbereitschaften müßten